

RICHARD VON WEIZSÄCKER UND DIE ZWANGSREKRUTIERTEN

Sobald der offizielle Besuch des Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Luxemburg für 1988 feststand stellten sich in zwei Lager dieselbe Frage: Was werden die Zwangsrekrutierten bei diesem Besuche unternehmen? Das eine Lager: Regierung und offizielle Vertretungen. Das andere: Die Fédération der edf.

Nur zu gut war der Auftritt 19.. gelegentlich des Besuches von Bundespräsident Gustav Heinemann noch in Erinnerung. Weder Schneesturm noch Kälte konnten damals die Massen der Zwangsrekrutierten von der Strasse fernhalten. Es war ein von Luxemburg bis dahin nicht gekannter öffentlicher Protest. Diszipliniert und eindrucksvoll. Aber in Bonn liess man sich nicht beeinflussen und blieb stur bei der Ablehnung die Zwangsrekrutierung als ein Nazi- und Kriegsverbrechen dokumentarisch anzuerkennen. Was könnte der Zwerg Luxemburg der immer einflussreicher werdenden Bundesrepublik schon antun.

Erst als eine Absprache zwischen Präsident Giscard d'Estain und Bundeskanzler Schmidt in Sachen Zwangsrekrutierung stattfand, kam auch Bewegung in derselben Angelegenheit zwischen Luxemburg und Bonn. Schmidt versprach Regierungspräsident Werner auch eine Lösung für Luxemburg, wenn eine solche mit Frankreich zustande käme.

Daraufhin entstanden die Verhandlungen. Herrn Möller für Deutschland und Herrn Reiffers für Luxemburg. Zur Sprache stand ausschliesslich der Schaden welcher Luxemburg durch die Zwangsverschleppung seiner Jugend in militärische Naziformationen zugefügt wurde.

Die Verhandlungen mit Frankreich kamen zum Abschluss und die BRD überwies in 3 Jahresraten an die zu diesem Zweck gegründete Stiftung "Entente Franco-Allemande" die nötigen Gelder um die französischen Zwangsrekrutierten zu entschädigen. Hiermit stand fest und dokumentarisch belegt, dass die BRD den französischen Zwangseingezogenen eine Wiedergutmachung zugestand. Allerdings (und auf diesen Umstand werden wir noch zurückkommen) war auch Frankreich mit einer Territorialen Zurückerstattung, sprich Mundatwald, einverstanden.

In Erinnerung an das Versprechen Schmidt/Werner sagte Bundeskanzler Kohl Regierungspräsident Santer die Zahlung von 12 Millionen DM zu. Die Höhe dieses Betrages spielt in diesen Betrachtungen keine Rolle. Wie sollte nun diese Ueberweisung vor sich gehen und mit welchen Belegen? Die Verwertung dieser Gelder war zwischen Herrn Jacques Santer und der Fédération des edf abgesprochen. Sie sollten für geriatrische Zwecke eingesetzt werden, von denen die Zwangsrekrutierten und deren Hinterbliebenen vorrangig nützen könnten. Eine entsprechende Konvention wäre zwischen Regierung und der Föderation abzuschliessen. Im Belegdokument sollte es heissen, dass diese Entschädigung "vorzugsweise für den Kreis der völkerrechtswidrig zur Wehrmacht eingezogene luxemburgische Jugend die noch heute unter den Kriegsfolgen leidet" einzusetzen wäre.

- Mit einem solchen Dokument wäre der Streit zwischen der BRD und Luxemburg in Sachen Zwangsrekrutierung endgültig beigelegt. -

Aber dem wurde nicht so. Zwar drängte Bonn die luxemburgische Regierung ein Empfänger für diese 12 Millionen DM zu bestimmen aber ohne irgend ein Abkommen oder ein Dokument. Unter keinen Umständen dürfte in irgendeiner Form darauf hingewiesen werden, dass diese Summe zu Gunsten der Zwangsrekrutierten oder Naziopfer bezahlt würde.

Was blieb unserer Vertretung übrig: abschlagen oder das "Schweigegeld" anzunehmen. Ein Druckmittel war nicht vorhanden. Wir hatten keinen Mundatwald. Den Kammerwald hatten wir bereits kurz nach Kriegsende grosszügig an den Nachbar zurückgegeben. Ohne Gegenleistung. Daran erinnern sich die Herren vom Rheinnicht mehr. Was soll auch Luxemburg! Höchstens ein Auffangsland für deutsche Kapitalflucht wenn neue geplante Steuer eingeführt werden. Aber Frankreich! Der grosse Nachbar. Welcher nicht zu allem Gewünschtem vom Rheine Ja sagt. Den gilt es natürlich nicht zu verärgern. Ihm muss man schon eingestehen warum Gelder über den Rhein nach Frankreich fliessen. Aber Luxemburg! Vogel friss oder stirb.

Nehmen wir an, dass die BRD rein rechtlich gesehen, wegen den Verträgen von London und Paris nicht verpflichtet ist, eine Entschädigung wegen der Zwangsrekrutierung an Luxemburg zu zahlen, aber moralisch und politisch aufrichtig gesehen, besteht da keine Verpflichtung? Warum gesteht man dem stärkeren Nachbar zu was ihm auf Grund eines Verbrechens zusteht, und dem schwachen Nachbar verwehrt man genau dasselbe Recht? Sind das ehrbare zwischenstaatliche Beziehungen?

All dies war im Regierungslager gewusst und dass die Zwangsrekrutierten dieses ^{nicht} ohne weiteres hinnehmen würden war ebenfalls gewusst.

Auch im Lager der Zwangsrekrutierten waren all diese Tatbestände bekannt und die Verantwortlichen überlegten die Art und Weise wie Ihr Missmut zum Ausdruck zu bringen wäre.

Gibt es nur den Weg wieder auf die Strasse? Die "Besetzung" des Kanounenhiwwel, um zu verhindern, dass der Representant eines Volkes sich scheinheilig vor den Opfer des Nazismus verneigt aber die Vertretung eben dieses Volkes sich stur weigert diese Geopferten als Kriegs- und Naziopfer anzuerkennen? Wie würde die Reaktion auf einen solchen Protest sein? ~~Was deren Folgen?~~ Wieviele verstünden einen solchen Protestschrei? Nach 42 Jahren, wo es mehr Bürger gibt welche diese schreckliche Zeit nicht erlebt haben, als Überlebenden des Holocaust? Welche Hetze würden jene heraufbeschwören, welche wirtschaftliche und persönliche Interessen allen moralischen Ueberlegungen den Vorrang geben? Alles Fragen welche durchdiskutiert wurden.

Aber Schweigen konnten und durften die überlebenden Zwangsrekrutierten nicht.

Ein Lichtblick brachte der Entschluss von Staatsminister Jacques Santer eine Preamble zum Statut der Stiftung für den Empfang der 12 Millionen DM zu unterschreiben. Hiermit wurde wenigstens auf nationaler Ebene ein zusätzliches Dokument geschaffen, welches die Zwangsrekrutierung als völkerrechtswidrig stempelte. Die Lage auf zwischenstaatlicher Ebene blieb trotzdem unverändert. Und so kam es zum Kommuniké der Fédération und den Entschluss den Besuch von Richard von Weizsäcker seitens der Zwangsrekrutierten zu ignorieren.

Dass diese Beschlussfassung nicht einem jedem genehm war ist zu verstehen. Siehe vorherige Bemerkung über wirtschaftliche und private Interessen. Aber der Wahrheit zu Liebe konnte und durfte der Föderations-Vorstand nicht anders handeln.

Eben wegen der Wahrheit für welche soviele Luxemburger in den Tod gingen. Wie stand es nun mit den offiziellen Reaktionen auf dieses Kommuniké?

Richard von Weizsäcker: "Ich bedauere aber respektiere die Entscheidung der Zwangsrekrutierten." Als erfahrener und kluger Diplomat eine diplomatische Redensart aber ohne jedigliche Aussage. Keine Stellungnahme zum wirklichen Thema!

Aussenminister Poos

*continuer ici avec les réflexions de Beun Jacob qu'il le fera parvenir.
(copie de la présente à Beun)*

Joos